

02.07.2024

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

Linksextreme Gewalt und deren indirekte Unterstützung beim AfD-Parteitag in Essen

zu dem Antrag „**Erneutes Polizeiversagen in Köln: Grundgesetz und Verfassung gelten nicht nur für die politischen Freunde von Innenminister Reul!**“

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 18/9713

I. Ausgangslage

Am 29. und 30. Juni 2024 fand der Bundesparteitag der AfD in Essen statt. Im Vorfeld und während des Parteitags kam es zu einer Vielzahl von Angriffen und Gewaltakten gegen Mitglieder und Vertreter der AfD, die von linksextremen Gruppierungen wie der Antifa und deren Sympathisanten organisiert und durchgeführt wurden. Diese Ereignisse sind nicht nur alarmierend, sondern werfen auch ernsthafte Fragen über die Rolle und Verbindungen politischer Akteure zu diesen Vorfällen auf.

Im Vorfeld des Parteitags wurden mehrere Angriffe auf Privat- und Geschäftsadressen von AfD-Mitgliedern verübt, darunter das Wohnhaus des AfD-Kreisvorsitzenden in Köln und die Häuser bzw. Büros eines Funktionärs in Duisburg, der AfD-Kreisfraktion in Neuss, der AfD-Kreistagsfraktion Wuppertal sowie der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf. Während des Parteitags selbst wurden AfD-Delegierte auf dem Weg zur Grugahalle bedrängt und angegriffen.

Am Rande des AfD-Bundesparteitags kam es zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Gegendemonstranten, bei denen 28 Polizisten verletzt wurden, einer davon schwer. Diese Gewaltaktionen, bei denen rund 200 Angreifer wiederholt Sperrstellen durchbrachen und die Polizei attackierten, verdeutlichen das Ausmaß der Aggression. Trotz mehrerer Festnahmen konnten die Haupttäter unerkannt entkommen.

Ein weiterer Vorfall ereignete sich in einer Bäckerei im Stadtteil Rüttenscheid, wo der AfD-Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende von Baden-Württemberg Markus Frohnmaier und zwei weitere AfD-Politiker von Demonstranten bedrängt wurden. Die Situation eskalierte derart, dass die Polizei eingreifen und die Politiker unter Polizeischutz aus der Bäckerei

Datum des Originals: 02.07.2024/Ausgegeben: 02.07.2024

eskortieren musste. Die Bäckereiverkäuferin beschrieb die Szene als beängstigend und berichtete, dass die Polizei die Extremisten immer wieder vom Eingang zurückdrängen musste.

Zusätzlich wurden Polizisten und AfD-Vertreter massiv beleidigt. Demonstranten bezeichneten die Einsatzkräfte als „Schlägertrupp der AfD“ und „Nazipolizisten“. Linksextreme skandierten Parolen wie „Deutsche Polizisten, Mörder und Faschisten“ sowie „Ein Baum, ein Strick, ein Nazigenick“. Solche diffamierenden und entmenschlichenden Beschimpfungen sind absolut inakzeptabel und tragen zu einer weiteren Eskalation der Gewalt bei.

In der zunehmend aufgeheizten Stimmung gerieten auch Journalisten ins Visier der Anti-AfD-Proteste. Ein Journalist wurde auf dem Weg zur Grugahalle von drei jungen Männern aus der linken Szene gezielt gestoppt und bedroht, wobei sie die Vorlage seines Presseausweises verlangten und drohten, dass er andernfalls „große Probleme bekommen“ werde. Das Eingreifen der Polizei konnte eine weitere Eskalation verhindern. Ebenso berichtete eine ZEIT-Autorin, dass eine Journalistin des Deutschlandfunks von Demonstranten angegriffen und nur durch das schnelle Eingreifen der Polizei geschützt wurde.

Besonders besorgniserregend ist, dass diese linksextremen Gewalttaten indirekt durch das Verhalten und die Rhetorik verschiedener gesellschaftlicher und politischer Gruppen unterstützt und gefördert wurden. Die Demonstrationen gegen den AfD-Parteitag wurden von einem breiten Spektrum organisiert und unterstützt, zu dem auch Vertreter der Grünen, Grünen Jugend, der Kirchen, der CDU, Gewerkschaften und kommunistischen Gruppen gehörten. Die Initiative „Widersetzen“ hatte zu den Blockaden aufgerufen und wertete die gewaltsamen Aktionen als Erfolg.

SPD- und Linken-Politiker unterstützten diese Aktionen direkt. Der Juso-Chef Philipp Türmer veröffentlichte ein Mobilisierungsvideo für die Proteste gegen die AfD, das auf dem offiziellen Instagram-Account der Störer von „Widersetzen Essen“ zu finden war. Auch SPD-Politiker wie der ehemalige NRW-Vorsitzende Thomas Kutschaty und die Bundestagsabgeordnete Carmen Wegge haben Aufrufe zur Teilnahme an den Krawall-Demonstrationen, die in Teilen eskalierten, unterstützt. Diese Verbindungen und die fehlende klare Distanzierung der SPD von diesen gewalttätigen Aktionen sind äußerst bedenklich.

Die beiden Bundesvorsitzenden der Grünen Jugend fordert in einem TikTok-Video zu einer Verhinderung des AfD-Bundesparteitags auf. Es kam auch hierbei zu keiner Distanzierung von der Anwendung von Gewalt.

Artikel 21 des Grundgesetzes garantiert die Freiheit der Parteien und deren Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes. Die Parteien sind daher ein zentraler Bestandteil des demokratischen Systems. Diese Freiheit umfasst das Recht, Parteitage abzuhalten, die ein wesentliches Organ der Willensbildung innerhalb der Parteien darstellen. Hier wird über politische Programme, Satzungsänderungen und Wahlen innerhalb der Partei entschieden. Dieser besonderen Bedeutung trägt das Parteiengesetz Rechnung, indem es den Parteien konkrete Vorgaben zur verpflichtenden Abhaltung von Parteitag macht. Parteitage sind gemäß § 15 Parteiengesetz mindestens alle zwei Jahre abzuhalten, wenn in der Satzung keine kürzeren Intervalle festgelegt sind.

Es ist daher unerlässlich, dass politische Akteure und Vertreter staatlicher Institutionen die Bedeutung dieser verfassungsrechtlich geschützten Rechte anerkennen und sich klar von jeglicher Form von Gewalt distanzieren, die darauf abzielt, diese Rechte zu untergraben. Die Demonstrationen gegen den Bundesparteitag der AfD in Essen und die dabei aufgetretenen gewalttätigen Übergriffe stellen eine ernsthafte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische

Grundordnung dar. Insbesondere das Versäumnis politischer Führungspersonen, wie dem NRW-Ministerpräsidenten, eine klare Distanzierung von Gewalt auszusprechen und die demokratischen Rechte der AfD zu verteidigen, ist besorgniserregend.

II. Der Landtag stellt fest,

1. dass die linksextremen Übergriffe und Gewaltakte, die im Zusammenhang mit dem AfD-Bundesparteitag in Essen stattgefunden haben, auf das Schärfste zu verurteilen sind.
2. dass Parteitage als zentrale Organe der politischen Willensbildung innerhalb der Parteien von besonderer Bedeutung sind und fordert alle politischen Akteure auf, diese Rechte zu respektieren und zu schützen.

III. Der Landtag fordert den Ministerpräsidenten auf,

sich klar und deutlich von jeglicher Form von politischer Gewalt zu distanzieren und die demokratischen Rechte aller Parteien, einschließlich der AfD, zu verteidigen.

Sven W. Tritschler
Markus Wagner
Dr. Martin Vincentz
Andreas Keith

und Fraktion